



bedrohte Völker 218

Afghanistan - Junge Hoffnung im Land der Ruinen

Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker International

Für Menschenrechte. Weltweit.

**Gesellschaft für bedrohte Völker ● Wiesenstrasse 77 ● CH-3014 Bern
Tel.: 031 311 90 08 ● Fax: 031 311 90 65 ● E-Mail: info@gfbv.ch
Internet: www.gfbv.ch ● PC 30-27759-7**

Inhalt*

Ulrich Delius: Vielvölkerstaat vor der Zerreißprobe

Michael Pohly: Am Anfang stand der Wahlbetrug - Defizite in der Demokratisierung Afghanistans

Tillmann Schmalzried: Menschenrechtsarbeit Hürden - Gespräch mit Sima Samar

Ausserdem:

Claus Biegert: Das Muster von Wounded Knee - Ein Rückblick

Matthias Voigt: Die letzte Hoffnung eines geschlagenen Volkes - The New Indian Wars - Die Besetzung von Wounded Knee

Evelina Colavita: In den Ruinen eines zerstörten Landes

Ulrich Delius: Ungesühnte Verbrechen - Warlords vor Gericht

Ulrich Delius: Zertrümmerter Aufbruch

Sina Lippmann: Gaspipeline hat Vorrang

Fritz Scheidhauer: Die Macht des Opiums

Christian Burckhardt, Stefan Lehmeier, Arne Niemann, Katja Weigelt: Humanitäre Situation

Weitere Themen:

Mateo Taibon: Das Erbe der Folterknechte - Baskische Tageszeitung "Egunkaria" gestürmt;

Tilman Zülch: Hamres Reso - Nachruf auf einen Unerschrockenen; Jasna Causevic: Bosnien - Biljana Plavsic zu elf Jahren Haft verurteilt;

* Textauswahl

Afghanistan: Vielvölkerstaat vor der Zerreißprobe

von Uli Delius

Schenkt man Staatspräsident Hamid Karzai Glauben, so gibt es keine ethnischen Probleme in Afghanistan. Wortreich bemüht sich der Paschtune Karzai in Interviews, ethnische Zerwürfnisse in seiner Heimat zu leugnen. Mit keiner Silbe erwähnt er die Vertreibung von mehr als 60.000 Paschtunen aus dem Norden Afghanistans durch die siegreiche Nord-Allianz nach dem Sturz der Taliban oder die andauernden Repressalien gegen Paschtunen in der Provinz Herat. Seit Jahrzehnten schwelende und immer wieder ausbrechende ethnische Konflikte werden tabuisiert, um den Traum von einem Zusammenleben in Frieden in einem wirtschaftlich starken und geeinten Staat zu nähren. Die Ursachen der ethnischen Konflikte reichen bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts zurück, als Ahmad Khan mit seiner Streitmacht aus dem Osten des heutigen Afghanistan persische Invasoren aus dem Norden und Westen des Landes vertrieb. Paschtunischen Führern überliess er zum Teil die Kontrolle erobelter Gebiete, um sich ihre Zustimmung zur Bildung eines Staates mit starker Zentralgewalt zu sichern. Bis heute sind Paschtunen in diesen Gebieten nicht sonderlich beliebt.

Afghanistan ist ein Vielvölkerstaat, in dem 21 verschiedene ethnische Gruppen leben. Die zahlenmässig grösste und alle anderen Völker beherrschende Gruppe sind die 10 Millionen

* Der vollständige Text kann bei der Gesellschaft für bedrohte Völker bezogen werden.

Paschtunen (38 Prozent der 26,5 Millionen Bewohner des Landes). Aufgrund ihrer seit Jahrhunderten beherrschenden Stellung im politischen Leben werden sie auch oft als das „Staatsvolk“ bezeichnet. Besonders starken Einfluss besitzen sie im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet, in Pakistan leben nochmals 20 Millionen Paschtunen. Die Paschtunen sind in unterschiedlichen Stämmen organisiert. Neben den Berg-Paschtunen in den gebirgigen Regionen des Südostens leben im Westen und Südwesten die traditionell verfeindeten Gruppen der Durrani und Ghilzai.

Die Paschtunen stiessen bei ihrer Wanderung nach Westen in den Ebenen auf die Tadschiken und unterwarfen sie. Ein Teil der Tadschiken zog sich daraufhin in die Bergtäler im Nordosten Afghanistans zurück. Die heute 6,5 Millionen Tadschiken (25 Prozent der Gesamtbevölkerung) leben vor allem in den Städten.

Die 5,3 Millionen Hazara sind heute mit 19 Prozent an der Gesamtbevölkerung die drittgrösste ethnische Gemeinschaft. Die schiitischen Hazara wurden nicht nur aufgrund ihres Glaubens von der überwiegend sunnitischen Bevölkerung jahrzehntelang diskriminiert und verfolgt. Auch sozial waren sie immer die am meisten benachteiligte Gruppe, da ihr Lebensraum in den Tälern und Hochebenen Zentralafghanistans besonders karg war und so ihre Verschuldung und Verarmung dramatische Ausmasse annahm. In den letzten 20 Jahren hat der Anteil der Hazara an der Gesamtbevölkerung stark zugenommen. Die Hazara hatten besonders unter der Herrschaft der Taliban gelitten, die Massaker an ihnen verübten.

Die im Norden des Landes lebenden 1,6 Millionen Usbeken sind die viertgrösste Bevölkerungsgruppe (6 Prozent der Gesamtbevölkerung). Kleinere ethnische Gemeinschaften sind unter anderem die im Nordwesten des Landes lebenden Aimaq, die Beluchen und Brahui im Südwesten, die Turkmenen im Norden, die Nuristani im Osten sowie die schiitischen Farsiwan in den Regionen Herat, Kandahar und Ghazni.

Auch unter den Taliban dominierten die Paschtunen im politischen Leben Afghanistans. Mit dem Sieg der von Tadschiken, Usbeken und Hazara kontrollierten Nord-Allianz eskalierten die ethnischen Spannungen im Norden und Westen des Landes. Dort wo Paschtunen in der Minderzahl und seit Jahrzehnten verhasst waren, kam es Ende 2001 zu massiven Übergriffen. Allein aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit wurden sie Opfer von Einschüchterungen, Vergewaltigungen, Plünderungen, willkürlichen Verhaftungen und Vertreibungen. So leugnet der mächtige Hazara-Führer und heutige Vizepräsident Afghanistans Karim Khalili das Massaker der Nord-Allianz an gefangenen Taliban in Dascht-e-Leili im Dezember 2001. Noch im August 1998 waren mehr als 3.000 Hazara bei einem Massaker von Taliban in der Stadt Mazar-i-Sharif kaltblütig ermordet worden. Doch die Gräueltaten wiederholen sich: Seit Dezember 2001 vertrieben Warlords mehr als 60.000 Paschtunen aus dem Norden und Westen Afghanistans. Im März 2003 sicherten einige Kriegsfürsten gegenüber den Vereinten Nationen zu, den Vertriebenen die Rückkehr in ihre Dörfer zu gestatten. Angesichts der anhaltenden Übergriffe haben nicht nur Paschtunen ernsthafte Zweifel an der Glaubwürdigkeit solcher Ankündigungen. Auch haben die oft planmässigen Übergriffe auf Paschtunen ein Klima der Willkür und Gewalt geschaffen, das den demokratischen Neuanfang in Afghanistan nachhaltig beeinträchtigt.

Das Land ist heute zerrissener denn je zuvor. Zwar steht mit Karzai ein Paschtune an der Spitze der Übergangsregierung, doch die meisten Paschtunen sehen ihn als Verräter an, der das Land und ihre Interessen an die USA verkauft habe. Zwar sind die Paschtunen mit 15

Ministern in der Übergangsregierung vertreten (Tadschiken neun Minister, Usbeken und Hazara jeweils vier), die das Land bis zu den Wahlen im Jahr 2004 führen soll, doch dies ist keine Regierung der nationalen Einheit, die sich für einen gerechten Interessenausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen einsetzt. Es mangelt an politischem Programm, nur die Machtsicherung scheint viele Kabinettsmitglieder zu interessieren. So sind die Perspektiven für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller ethnischen Gruppen im Vielvölkerstaat Afghanistan düsterer denn je zuvor.

Auf einem Auge blind

Als Kreuzzug für Menschenrechte bezeichnete Grossbritanniens Premierminister Tony Blair sein militärisches Engagement an der Seite der USA in Afghanistan. Das menschenverachtende Taliban-Regime stürzte, doch auch Menschenrechte blieben zuweilen auf der Strecke. Geopfert der Staatsräson, wenn es westlichen Politikern nicht opportun erschien, ihre afghanischen Bündnispartner für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

So wird dem in der siegreichen Nord-Allianz massgeblichen General Abdul Rashid Dostum vorgeworfen, für den gewaltsamen Tod von bis zu 3.000 gefangenen Taliban-Anhängern im Dezember 2001 verantwortlich zu sein. Die ehemaligen Taliban-Kämpfer sollen aufgrund unmenschlicher Haftbedingungen in unbelüfteten Container-Lastwagen erstickt sein. „Sie haben meinen Lastwagen beschlagnahmt“, erklärt einer der Fahrer gegenüber dem britischen Dokumentarfilmer Jamie Doran (Le Monde Diplomatique, September 2002). „Ich sollte die Gefangenen von Kalai Zeini nach Dasht e Leili bringen, wo sie von den Soldaten erschossen wurden. Manche lebten noch, waren verletzt oder bewusstlos. Sie haben sie hierher gebracht, ihnen die Hände gefesselt und sie erschossen.“ Noch Monate später liegen zerbrochene Schädel und Knochen verstreut in der Wüste. Spuren von Bulldozern weisen darauf hin, dass hastig Massengräber ausgehoben wurden.

US-Soldaten sollen dem Massaker beigewohnt haben, berichten Augenzeugen. Die USA bestreiten dies energisch. Auch die Sonderberichterstatterin der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen für Massaker und extralegale Hinrichtungen, Asma Jahangir, schloss sich im Januar 2003 der Forderung von Menschenrechtsorganisationen an, den gewaltsamen Tod der Gefangenen von einer unabhängigen, internationalen Kommission untersuchen zu lassen.

Ungeachtet der Frage, ob US-Soldaten unmittelbar beteiligt waren, ist das Verhalten der US-Regierung und der Vereinten Nationen ungeheuerlich. Mehr als ein Jahr nach bekannt werden des Massakers bleibt die ansonsten so um die Wahrung der Menschenrechte in so genannten Schurken-Staaten bemühte US-Regierung untätig und tabuisiert die Kriegsverbrechen Dostums. Bereits am 28. Januar 2002 war Washington von der US-Menschenrechtsorganisation Physicians for Human Rights auf das Massengrab hingewiesen worden. Mehrfach legte die Organisation detaillierte Berichte von Gerichtsmedizinern und Rechercheuren vor. Doch die US-Regierung unternahm nichts, um Dostum zur Rechenschaft zu ziehen. Auch die Vereinten Nationen versagten bei der Sicherung der Massengräber und beim Schutz der Zeugen. Stattdessen konnten Dostums Truppen ungehindert Spuren verwischen, Zeugen einschüchtern, verhaften und foltern: zwei wichtige Augenzeugen starben.

Am Anfang war der Wahlbetrug: Die Entwicklung Afghanistans in Richtung Demokratisierung begann mit dem genauen Gegenteil

von Michael Pohly

Durch das Abkommen vom Petersberg (Bonn Dezember 2001) wurde für Afghanistan auf Vermittlung der Vereinten Nationen eine Interimsregierung unter Führung von Präsident Hamid Karzai bestimmt. Darüber hinaus wurden in diesem Abkommen die politischen Eckdaten für die nächsten zwei Jahre vorgegeben: nach sechs Monaten sollten Wahlen zu einer "Emergency Loya Jirga" stattfinden, die u.a. den Übergangspräsidenten für die nächsten eineinhalb Jahre wählen und eine verfassungsgebende Versammlung vorbereiten sollte. Danach sollten die Voraussetzungen gegeben sein, allgemeine und freie Wahlen durchzuführen und eine Verfassung abzustimmen.

Die für sechs Monate eingesetzte Interimsregierung war eine Zusammenstellung aus den verschiedenen Kriegsparteien unter Hinzuziehung der so genannten Zypern- und Rom-Gruppe um den Ex-König Zahir Schah. Dominiert wurde diese Interimsregierung durch die so genannte Nordallianz und hier im speziellen durch die Shura-ye Nezar (auch Panjshiris genannt). Letztere besetzte mit dem Verteidigungsminister, Innenminister und Außenminister die wichtigsten Schlüsselressorts. Laut dem Bonner Protokoll sollten die Ministerien in Übereinstimmung mit einer Kommission besetzt werden, um Klientelismus und Vetternwirtschaft zu verhindern. Dies war jedoch nicht geschehen; Korruption und Nepotismus waren und sind an der Tagesordnung. Die Ministerien waren nicht in der Lage, die in sie gesetzten Erwartungen nur ansatzweise zu erfüllen. Häufig nur rudimentär ausgestattet, besetzt mit wenigen Fachleuten, versuchten die Minister und höheren Angestellten, sich eine Ausgangsposition zu schaffen, um bei den nächsten eineinhalb Jahren wieder dabei zu sein. Langfristige Planungen wurden nicht unternommen, da eine allgemeine Ungewissheit herrschte, was nach der Übergangszeit passieren würde. Die Vereinten Nationen versuchten Sachkompetenz zu schaffen und wiesen jedem Ministerium einen "Berater" zu. Ashraf Ghani, der als Berater für Interimspräsident Karzai arbeitete, zeichnete für die Aufgabe verantwortlich, eine Kommission zusammenzustellen, die einen Gesamthaushalt entwerfen und in Abstimmung mit den Ministerien verabschieden soll. Da die ersten Ergebnisse erst im Mai vorlagen, kam es zu Verzögerung im Mittelabfluss der von der internationalen Gemeinschaft bereitgestellten Gelder. Dies wiederum bedingte, dass keine grösseren Investitionen getätigt werden konnten.

Die Vereinten Nationen hatten weitere Schritte unternommen, um die verschiedenen Aktivitäten ihrer politischen und humanitären Missionen zu bündeln. Lakhdar Brahimi, der Beauftragte für Afghanistan, wurde zum neuen Leiter der neuen Dachorganisation "United Nations Assistance Mission in Afghanistan" (UNAMA). Das Land wurde mit diesen und den weiteren Maßnahmen de facto zu einem "Protektorat der Vereinten Nationen", auch wenn dies so nicht genannt wird. Die Vereinten Nationen implementierten eine Kommission, die unabhängig tagen sollte, um die Vorbereitung für die 2. Phase, die Wahl einer "Emergency Loya Jirga", vorzubereiten. Afghanistan wurde in acht Wahlbezirke eingeteilt, die sich an den alten Regierungsbezirken (wuluswali) orientierten. Allerdings wurden Distriktänderungen vorgenommen, die eindeutig zu Lasten der Hazara gingen.

Es war eine indirekte Wahl in zwei Phasen, um ein Maximum an Sicherheit zu gewähren und Interferenzen zu erschweren. Pro 25.000 Einwohner wurden im ersten Wahldurchgang 20

Delegierte aus den örtlichen Shuras gewählt. Diese mussten eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, dass sie weder im Drogenhandel tätig waren noch irgendwelche Kriegs- oder sonstige Kapitalverbrechen verübt hatten. In einem zweiten Durchgang benannten dann die 20 Wahlmänner unter sich einen Abgeordneten, der in Kabul an der "Emergency Loya Jirga" teilnahm. Dieses Verfahren enthielt einige Unwägbarkeiten, da die Sicherheitslage lediglich in Kabul einigermaßen stabil war. In den Provinzen herrschten teilweise Koalitionen, die nicht mit der Interimsregierung zusammenarbeiteten, bzw. diese offen sabotierten. Die Aktivitäten von Unterstützern der "Emergency Loya Jirga" wurden teilweise schlichtweg verboten, Aktivisten mussten mit Verfolgung durch Provinzbehörden, teilweise sogar mit Anschlägen auf ihr Leben bezahlen. Verschiedene Parteien, die an der Interimsregierung beteiligt sind, wie z.B. Shura-ye Nezar, Jam'iat-e Islami, Hezb-e Wahdat und Jonbesh, hatten in den von ihnen dominierten Distrikten die Weisung herausgegeben, dass keiner sich zum Kandidaten aufstellen lassen durfte, der nicht die Erlaubnis der entsprechenden Partei besaß. Die Interimsregierung war zu schwach und nicht willens, Einfluss im Sinne dieser Vereinbarungen zu nehmen. Im Gegenteil, die verschiedenen Parteien, die an der Übergangsregierung beteiligt sind, waren die Hauptverursacher der Übergriffe.

Insgesamt herrschte ein ausgeprägtes Klima der Angst: Frauen legten ihre Burqa nicht ab, Männer rasierten ihren Bart nicht ab, an eine offene politische Arbeit war kaum zu denken. Der Geheimdienst der Shura-ye Nezar war allgegenwärtig. In den Tagen vor der "Emergency Loya Jirga" rollte eine Verhaftungswelle über Kabul, bei der namhafte Vertreter der Hezb-e Islami und deren Abspaltungen (es war von bis zu 1.000 Betroffenen die Rede) unter Hausarrest gestellt oder verhaftet wurden. In erster Linie waren diese Massnahmen dazu gedacht, die Versuche der Islamisten (Rabbani, Sayyaf und Hekmatyar) zu vereiteln, sich unter einem Dach zu reorganisieren. Es trifft vor allem deshalb die Hezb-e Islami, da diese offiziell nicht an der Regierung beteiligt ist und Gulbuddin Hekmatyar in Afghanistan seine Aktivitäten wieder aufgenommen hatte. Die Nordallianz ist sich des Potenzials von Hekmatyar bewusst und hat die kriegerischen Auseinandersetzungen um die Macht in Kabul von 1992-96 noch lebhaft in Erinnerung.

Die staatlichen Organe wie Polizei und Militär gelten als korrupt und parteiisch. So ist auch die mit deutscher Hilfe aufgebaute Polizei im wesentlichen dem Besitzstandsdenken von Ex-Innenminister Yunus Qanuni verhaftet. Staatlich organisierter Raub findet statt, die wichtigsten Stellen im gehobenen Polizeidienst wurden von Parteigängern Qanunis besetzt, denen z.T. jegliche Qualifikation dafür fehlte. Selbst der des Mordes an Abdur Rahman (Minister für Tourismus und Luftfahrt) bezichtigte General Jur'at, verrichtet seinen Dienst wie gewohnt und konfiszierte vor allem Fahrzeuge, die Paschtunen gehörten; diese bezichtigte er entweder der Kollaboration mit Al-Qaida oder aber der Mitgliedschaft. Die Denunziation bzw. die Angst vor der Denunziation ist weit verbreitet und dient dazu, Mitgliedern der Nordallianz Vorteile zu verschaffen.

Betrug statt Pluralität

Die "Emergency Loya Jirga", die ein Stück mehr Pluralität nach Afghanistan bringen sollte, muss als gescheitert gelten. Als Resümee lässt sich festhalten, dass es massive Beeinflussungen gab, um Kandidaten der jetzigen Übergangsregierung durchzubekommen, oder auch Kandidaten der lokalen Kommandeure oder Gouverneure, die durchaus auf eigene Rechnung arbeiten und sich nicht unbedingt einer der an der Macht in Kabul sitzenden Gruppen zuordnen.

Verzweifelte Versuche von wenigen UN- bzw. internationalen Beobachtern, die Wahlen gerechter zu gestalten, wurden von den zentralen und lokalen Autoritäten, aber auch vom Vorsitzenden und anderen Mitgliedern der Loya Jirga-Kommission sowie von der UN-Spitze massiv unterlaufen. Die afghanischen und internationalen Wahlbeobachter waren einer desaströsen Logistik ausgeliefert und bewegten sich ohne jeglichen Schutz. Neben den traditionellen Formen der Manipulation durch Bestechung kam es zu Bedrohungen bis hin zur Tötung einzelner Kandidaten oder deren Familienangehörigen. So wurde z.B. in der nördlichen Provinz Samangan der älteste Sohn eines Kandidaten erschossen, weil man seiner selbst nicht habhaft werden konnte. In Ghor wurden zwei gewählte Mitglieder einer uns bekannten und unterstützten Shura ermordet. Solche Vorkommnisse gab es überall in Afghanistan. Die Anrainerstaaten taten ihr übriges, um die Situation schwieriger zu gestalten. Massive Propaganda – wie etwa aus dem Iran – gegen die ISAF und den gesamten Loya Jirga-Prozess waren gang und gäbe. Pakistan in den südöstlichen Regionen und Usbekistan sowie die Türkei in den nördlichen Regionen waren daran beteiligt, die Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Viel Geld wurde aufgewendet, um die eigenen Kandidaten zu positionieren. Half dies nicht, wurde zu den unterschiedlichen Mitteln der Einschüchterung gegriffen. Im Reiche Dostums beispielsweise, in der Provinz Faryab, wurden die Paschtunen weitgehend an der aktiven Teilnahme am Wahlprozess gehindert, obwohl diese immerhin ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. Selbst die wenigen paschtunischen Kandidaten, die mit Hilfe der UNO die erste Runde der Wahlen erreicht hatten, wurden von ihm bzw. seinen Männern aufgesucht und mit den Worten "Wahlen sind Dein Tod" vor die Alternative gestellt, aufrecht dem Untergang entgegen zu gehen oder zu fliehen und an den Wahlen nicht teilzunehmen. An anderen Orten, wie Ghorband oder Jalalabad, wurden Kandidaten, die erfolgreich die erste Runde überstanden hatten, in Container gesteckt oder durch bewaffnete Milizen daran gehindert, sich am Tag der zweiten Runde zum Wahlort zu begeben. Einigen gelang die Flucht, um über zum Teil abenteuerliche Wege nach Kabul zu kommen und hier vor der Islami Melli Qaumi Shura, einem demokratischen Bündnis unabhängiger Jirgas aus den verschiedensten Provinzen, Zeugnis abzulegen. Diese sammelten die Berichte und übergaben sie der Kommission, die für die Vorbereitung der "Emergency Loya Jirga" und für die Wahlen zuständig war. Einige Mitglieder der Kommission nahmen sich der Beschwerden an und wollten die inkriminierten Wahlen aussetzen, neue festlegen oder sogar für ungültig erklären. Doch in vielen Fällen musste man mit ansehen, wie das mühsam im Konsens erarbeitete Regelwerk durch direkte Intervention der UNO und/oder der jetzigen Regierung ausgesetzt wurde. So sah dieses vor, dass kein Vertreter der Regierung als Kandidat an den Wahlen teilnehmen dürfe, wenn er nicht vier Wochen vor Beginn des gesamten Wahlverfahrens zurückgetreten war.

In vielen Fällen versuchten trotzdem Gouverneure wie Dostum, Sayyaf oder Tadj Mohammad (Kabul), sich durch direkte Wahlen legitimieren zu lassen. Bei den Wahlveranstaltungen waren sie durch aggressives Auftreten, manchmal sogar durch direkte Bedrohung der oppositionellen Kandidaten aufgefallen. Die Kommission hätte in diesen Fällen den Ausschluss der Kandidaten beschliessen müssen; nach dem Regelwerk der Regierung hätten diese sogar bestraft und inhaftiert gehört. Stattdessen bekamen sie Hilfestellung durch die UNO, speziell durch Brahimi. Sein diesbezüglicher massiver Druck auf die Loya Jirga-Kommission unterlief den demokratischen Prozess, der sich mit der Einberufung der "Emergency Loya Jirga" herausgebildet hatte. Ferner beschliessen Brahimi, Karzai, Ashraf Ghani und der Sondergesandte der USA, Khalil Khalilzad, dass alle Gouverneure Afghanistans sowie die wichtigen Milizenchefs ungewählt an der "Emergency Loya Jirga" teilnehmen sollten. In den letzten zwei Tagen wurde so die Anzahl

der Delegierten von 1.400 auf 1.651 erhöht. Die Gouverneure und Milizenchefs sollten die Mehrheit für Karzai garantieren. Die Rechnung wurde aber zunächst ohne den Wirt gemacht. Am Vorabend der Eröffnungsfeier verkündete die Mehrzahl der unter diesen schwierigen Bedingungen gewählten Delegierten, dass sie sich für eine Präsidentschaft des Ex-Königs Zahir Shah aussprechen wollten. Versuche der Übergangsregierung und der UNO, die Abgeordneten zu überzeugen, schlugen fehl. Die Regierung, die UNO und die USA griffen deshalb zum letzten Mittel: sie vertagten die Eröffnung der "Emergency Loya Jirga" zunächst um 24 Stunden auf 15 Uhr des 10. Juni, um die Zeit für die Umstimmungsversuche bei den Delegierten zu verlängern; gleichzeitig wurde der Druck auf den Ex-König erhöht. Schließlich verkündete Khalilzad gegen 17 Uhr Ortszeit via BBC, nach dreistündigem Gespräch mit dem Ex-König, dass dieser nicht länger Kandidat sei, sondern Karzai unterstütze. Im Gegensatz dazu hatte Zahir Shah einen Tag zuvor, ebenfalls via BBC, verlautbaren lassen, dass er bereit sei, jede Aufgabe zu übernehmen, die ihm das Volk antragen würde. Aus der unmittelbaren Umgebung des Ex-Königs verlautete, dass dieser massiv unter Druck gesetzt worden war. Bereits vor Bekanntgabe der neuen Verlautbarung des Königs begannen die verschiedenen Gouverneure auf dem Loya Jirga-Gelände, die Delegierten per Unterschrift auf Karzai zu verpflichten.

Während der Tagung wurde immer wieder gegen das Bonner Abkommen verstoßen, die Abgeordneten wurden in ihrer Rede- und Wahlfreiheit immer wieder stark beeinträchtigt. Selbst als der Sekretär des Vorsitzenden der Loya Jirga geschlagen wurde, sahen sich weder Karzai noch die UNO zum Einschreiten veranlasst. Die Art und Weise, wie die USA und die UNO in den letzten Tagen den Wahlprozess beeinflussten, führte nicht zu einer Stabilität, geschweige denn zu einer Demokratisierung Afghanistans.

Afghanistan: Menschenrechtsarbeit mit Hürden - Sima Samar, Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission, im Interview

von Tillmann Schmalzried

Eine unabhängige Nationale Menschenrechtskommission sollte in Afghanistan gebildet werden, beschlossen die neuen Machthaber nach dem Sturz der Taliban. Geleitet wird die im Juni 2002 gegründete Kommission von Sima Samar. Der Kommission gehören elf Personen an, unter ihnen fünf Frauen und Vertreter der bedeutendsten ethnischen Gruppen. Seit langem betreute Samar afghanische Flüchtlinge in Pakistan, bevor die Ärztin im Jahr 2001 zur ersten Frauenministerin der Übergangsregierung ernannt wurde. Später war die Hazara Vizepräsidentin der Loya Jirga, der traditionellen Stammesversammlung. Sie wurde jedoch von konservativen Kräften angefeindet, so dass sie nicht erneut ein Regierungsamt erhielt. Die GfbV arbeitete bereits während der Diktatur der Taliban eng mit Samar zusammen.

bedrohte Völker: Welche sind die Schwerpunkte der Menschenrechtskommission?

Sima Samar: In den vergangenen 23 Jahren des Krieges sind die Menschen Opfer schrecklicher Menschenrechtsverletzungen geworden. Unsere Arbeit ist notwendig, um die Bevölkerung über Menschenrechte und vor allem die Rechte der Frauen zu informieren. Auch setzen wir uns dafür ein, dass internationale Standards der Frauen- und Menschenrechte bei der Ausarbeitung der neuen afghanischen Verfassung, der Gesetze und in der Rechtsprechung beachtet werden.

Auch beobachten und untersuchen wir Menschenrechtsverletzungen.

bedrohte Völker: Wie arbeitet die Kommission?

Sima Samar: In fünf Bereichen sind wir besonders aktiv: der Menschenrechtserziehung, den Frauenrechten, Kinderrechten, der Entwicklung eines neuen Rechtssystems und der Beobachtung und Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen. So haben wir Büros in Kabul und in wichtigen anderen Städten – Herat, Mazar-E-Sharif, Lalalabad, Bamiyan – eingerichtet und mit Erziehungsprogrammen für Menschen- und Frauenrechte begonnen. Wir haben wahrscheinlich mehr als 1.000 Berichte über Menschenrechtsverletzungen erhalten und untersucht. Auch setzen wir uns dafür ein, dass Frauen als gleichberechtigte Staatsbürger in der neuen Verfassung anerkannt werden.

bedrohte Völker: Können sie angesichts des Einflusses der Warlords auch ausserhalb Kabuls wirksam arbeiten?

Sima Samar: Die fehlende Sicherheit im Land macht unsere Arbeit äusserst schwierig. Sogar in Kabul sind Mitglieder der Menschenrechtskommission und andere Personen, die sich für Frauen- und Menschenrechte einsetzen, in Gefahr. Es gibt noch immer viele Drohungen. Außerhalb Kabuls ist die Lage noch schlimmer. Sicherheit ist immer noch ein grosses Thema für Frauen. Ohne Sicherheit kann sich die Lage der Frauen auch nicht verbessern. Wir brauchen dringend mehr Personal für die ISAF und eine Ausweitung ihres Mandats. Ich hoffe, dass sich Deutschland und die Niederlande dafür einsetzen, dass die ISAF auch außerhalb Kabuls tätig werden kann.

bedrohte Völker: Was sind die grössten Schwierigkeiten bei den Bemühungen, die Lage der Frauen zu verbessern?

Sima Samar: Die aktuelle Lage der Frauen ist nicht so positiv, wie sie oft beschrieben wird. Es gibt noch immer eine Menge Probleme. Sie tragen die Burqa, weil es keine Sicherheit gibt. Die Mädchen dürfen nun Schulen besuchen, aber es gibt nicht ausreichend Schulen. Die Jungen können auch Schulunterricht irgendwo auf dem Boden unter Bäumen sitzend bekommen, doch die Eltern werden Mädchen, die älter als zehn Jahre sind, dies nicht gestatten. Die Medien zeigen, wie Hunderte Mädchen zur Schule gehen, aber sie zeigen nicht, wohin sie gehen, wie sie dort sitzen und welche Qualität ihre Ausbildung hat. Für mich geht es nicht nur darum, dass den Mädchen grundsätzlich der Schulbesuch gestattet wird. Auch die Qualität ihrer Ausbildung und der Standard der Schulen müssen stimmen. Die Angriffe auf zwölf Mädchenschulen im letzten Herbst zeigen, dass wir mehr Sicherheit im Land brauchen, Sicherheit, die nur die ISAF leisten kann. Jetzt dürfen Frauen zwar arbeiten, aber es gibt nicht genug Arbeitsstellen für sie. überall fehlen Mittel für den Wiederaufbau. Die bislang zugesagten Hilfsgelder entsprechen in etwa der Summe, die eine Woche Krieg in Afghanistan gekostet hat. Wenn wir wirklich Frieden und Demokratie in dieses Land bringen wollen, dann brauchen wir für alle Afghanen einen freien Zugang zu Schulbildung und eine wirksame Gesundheitsversorgung. Die zunehmende Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben ist ein Fortschritt. Aber viel Hilfe brauchen wir noch aus dem Ausland, damit Frauenrechte in Afghanistan auch tatsächlich gelebt und praktiziert werden.

bedrohte Völker: Welche Hilfen benötigt die Menschenrechtskommission?

Sima Samar: Wir haben inzwischen einige Broschüren produziert und vertrieben, die erste

Informationen über Menschen- und Frauenrechte vermitteln. Wir hoffen auf finanzielle Unterstützung, um einen unabhängigen Radiosender aufzubauen, mit dem wir auch die Analphabeten in weiter entfernten Landesteilen erreichen können. Auch brauchen wir dringend mehr Geld für unsere Arbeit im Bereich der Menschenrechtserziehung.

IMPRESSUM

Afghanistan - Junge Hoffnung im Land der Ruinen ist erschienen als bedrohte Völker Nr. 218, Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker International, Heft 2/2003 ++ Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker ++ Bozen/Göttingen, Mai 2003, 42 Seiten, Fr. 9.-- zzgl. Versandkosten ++ Bestellnummer 04-03-218 ++ Bestelladresse: Gesellschaft für bedrohte Völker, Wiesenstrasse 77, CH-3014 Bern, Tel.: 031 311 90 08, Fax: 031 311 90 65, E-Mail: info@gfbv.ch

EINE PUBLIKATION DER GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER * WEITERVERBREITUNG BEI NENNUNG DER QUELLE ERWÜNSCHT * Webaufbereitung: Jenny Bentley